

Ich mache nun seit ca. 2 Jahren in der Sozialberatung von Tacheles mit.

Habe also während Corona angefangen.

Im Vorfeld zu der Veranstaltung heute habe ich überlegt, was für mich die einschneidendsten Erfahrungen mit dem Jobcenter Wuppertal waren. Was hat mich am Meisten empört?

Da fallen mir zwei Dinge ein, die ich gleichwertig empörend finde.

Das eine ist die Schließung der Eingangszonen, die sich soooo lange fortgesetzt hat.

Ich finde es nach wie vor komplett unverständlich, wie man Jobcenter schließen kann. O.k., ganz zu Anfang der Pandemie konnte ich das ja noch verstehen. Aber dann muss man doch Lösungen finden.

Wie soll man denn Menschen, die vielleicht im Supermarkt an der Kasse sitzen und eventuell ergänzendes Hartz IV bekommen, erklären, warum sie hinter Plexiglasscheiben sitzen und arbeiten während das Jobcenter sich hinter verschlossenen Türen verschanzt? Oder dass man beim Einwohnermeldeamt zwar persönlich einen neuen Reisepass beantragen konnte, aber kein Hartz IV?

Wir reden hier von Grundsicherungsleistungen.

Wir reden davon, dass Menschen Unterlagen beweissicher abgeben können müssen. Denn wenn sie nicht nachweisen können, dass sie zum Beispiel einen Weiterbewilligungsantrag abgeben haben, dann heißt das nicht, ach egal, bekomme ich halt später Geld. Dann heißt das, sie bekommen für die Zeit, in der anscheinend kein Antrag vorlag, gar kein Geld!

Wir reden davon, dass manche Menschen eben kein Handyguthaben haben, und sie nicht beim Jobcenter anrufen können. Oder gar kein Handy haben. Was machen die denn wenn sie vor verschlossenen Türen stehen?

Thomas Lenz meinte dazu mal, wenn wir mitbekommen würden, dass Menschen Probleme haben, könnten wir in solchen Fällen natürlich Bescheid geben, dann werde sich gekümmert.

Ja ok, aber wenn wir davon erfahren, dann haben es die Menschen ja schon mal zu uns geschafft. Was ist denn mit den anderen, von denen wir gar nichts mitbekommen?

Wir reden davon, dass manche Menschen eben ein Gegenüber brauchen, um sich verständlich ausdrücken zu können.

Was machen die denn wenn sich die Jobcenter verbarrikadieren?

Und als wir diese Zustände angeprangert haben, da mussten wir uns noch anhören, dass das Tacheles ja schließlich auch geschlossen habe.....

Ich finde ja, das sagt einiges aus über das Bild, das Thomas Lenz vom Tacheles hat ☺

Da aber die Beratung des Vereins direkt fortgeführt wurde, kann er nur das Café meinen. Das hatte tatsächlich lange geschlossen. Wenn er aber die Möglichkeit, auf der Trasse einen Kaffee trinken zu können, mit der Möglichkeit, in ein Jobcenter zu gelangen, vergleicht, dann stimmt da irgendwas Grundsätzliches nicht....

Fairerweise muss man dazu sagen, dass die Schließung der Jobcenter bundesweit ein Problem war, nicht nur in Wuppertal. Es gab aber auch Jobcenter, da stand sogar ein Telefon zur Verfügung, mit dem die Menschen, die vor der Tür standen, ihre Sachbearbeitung direkt anrufen konnten.

Das war also der erste Fall, über den ich mich am meisten empört habe.

Der andere heißt „vorläufige Zahlungseinstellungen“.

Da gibt's dann einen Brief, da steht: ich habe Kenntnis von Tatsachen erlangt, die dazu führen **könnten**, dass Sie keinen oder einen geringeren Anspruch auf Leistungen mehr haben **könnten**.

Deshalb stellen wir die Leistungen erst mal ein.

Muss man sich mal überlegen. Leistungen einstellen. Also kein Geld. Möglich ist das auf diese Art für 2 Monate.

Wenn 2 Monate die Miete nicht bezahlt wird, ist das ein Kündigungsgrund.

Wenn zwei Monate kein Geld da ist, um Essen zu kaufen, ist das auch Scheiße.

Hartzies sind in der Regel finanziell nicht so gut aufgestellt, dass sie damit unbesorgt mit umgehen können.

Wenn kein Geld mehr kommt, macht das Angst.

Ein verantwortlicher Umgang mit dieser Möglichkeit der vorläufigen Zahlungseinstellung sollte von Seiten der Jobcenter Leitung vorgegeben werden! Wird es aber anscheinend nicht.

Ich möchte mal zwei Beispiele nennen, mit denen ich es zu tun hatte in der Beratung.

Einmal wurden die Leistungen vorläufig eingestellt bei einem Ehepaar, das bereits seit einiger Zeit getrennt lebte. Beide aber in Wuppertal.

Die Frau, lebt übrigens mit 3 Kindern, bekam einen Brief, in dem die Zahlung vorläufig eingestellt wurde, wegen der „Kenntnis von Tatsachen, die dazu führen könnten, dass sie keine oder weniger Leistungen bekommen könnten“. Der Grund hierfür war der Verdacht, dass ihr getrenntlebender Mann sich regelmäßig bei ihr aufhalten, quasi bei ihr wohnen würde, und sie gar nicht getrennt seien.

Der Mann bekam die vorläufige Zahlungseinstellung zur gleichen Zeit und vom gleichen Sachbearbeiter. Bei ihm wurde vermutet, dass er sich gar nicht in Wuppertal aufhalten würde, sondern im Ausland.

Also was denn nun? Bei seiner Frau in Wuppertal oder im Ausland.

Beides gleichzeitig geht nicht. Zwei Zahlungseinstellungen, die sich gegenseitig ausschließen. Vom selben Sachbearbeiter.

Die Einstellung der Leistungen in diesem Fall war reine Willkür!

Beim zweiten Fall ging es um eine Frau, die von ihrem Mann verlassen wurde. Der ist weg, mit unbekanntem Aufenthalt.

Sie meldet das pflichtbewusst dem Jobcenter und dieses stellt dann mal die Zahlungen ein. Weil sie zu der „Kenntnis von Tatsachen gelangt sind, die dazu führen könnten, dass sie weniger oder gar keinen Anspruch mehr auf Leistungen haben könnte“.

In diesem Fall denke ich nicht, dass das reine Willkür war. Die Sachbearbeitung hat sich das alles nur nicht richtig überlegt. Grundsätzlich wäre es natürlich richtig, die Leistungen des Ehemannes einzustellen. Da ja gar nicht klar ist, ob er sich noch in Wuppertal aufhält und hier leistungsberechtigt ist.

Aber die Frau hat mit ihren Kindern ganz sicher noch Anspruch auf Leistungen. Und zwar auf höhere. Alleinerziehendenmehrbedarf zum Beispiel.

Die Sachbearbeitung wollte zudem von ihr wissen, auf welches Konto ihre Leistungen zukünftig überwiesen werden sollten. Grundsätzlich gar nicht dumm der Gedanke, damit das Geld auch sicher bei ihr ankommt.

Dass das Jobcenter in so einem Fall mit der Frau ein Gespräch führt, in dem darauf hingewiesen wird, was nun alles zu tun ist und ihr dabei hilft, das erwarte ich ja gar nicht. Das wäre eine zu utopische Vorstellung.

Aber dass man diese Dinge in Form eines Briefes zur Mitwirkung klärt, anstatt dieser Frau in ihrer eh schon bescheidenen Situation den Boden unter den Füßen weg zu ziehen. Das hätte man schon erwarten können.

Und hier fehlen dann meiner Meinung nach eben auch klare Vorgaben, wann das Mittel der vorläufigen Zahlungseinstellung angewandt werden sollte und warum. Dann würde sowas nicht geschehen.

Das sind wieder die Strukturen, die wir kritisieren. Menschen sind so oder so. Rechtssicherheit für Betroffene und einen den Menschen zugewandten Umgang sollte man in den Strukturen festlegen.

Regine Blazevic, Beraterin und Vorständig